

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Verleumdung enthalten den Verlag für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 12

Halle, 24. März 1928

4. Jahrg

Ostpolitik und Abrüstung

Es hat keinen Zweck, sich über die ungünstige Lage der deutschen Außenpolitik künstlich vorzuzudrücken. Sie hat sich im Laufe der letzten Monate erheblich verschlechtert. Unsere Beziehungen zu Polen waren von Anfang an gespannt, was sich ja aus dem Versailles Friedensvertrage von selbst ergab. Die Bündnisse, die uns dort geschlossen wurden, konnten nicht vernachlässigt werden. Während sich Deutschland mit der Festlegung der Westgrenze abfinden kann, ist die Schaffung des polnischen Korridors eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit. Aus dem Westbündnis der Polen, in Danzig fest zu fassen, muß immer auf den erhöhten Widerstand des Reiches folgen, das niemals auf die deutsche Samstagsart verzichten kann. Dazu kommt, daß die Polen in ihrer eigenen Bundesverfassung in Frankreich ihre Aufgabe darin erblickt haben, Deutschland so weit als möglich anhängig zu machen, um die Schaffung des polnischen Korridors zu verhindern. Diese Einstellung hat sich auch dann nicht geändert, als sich eine Annäherung zwischen Paris und Berlin vollzog, und selbst als Polen zu den Locarno-Verträgen hinzugezogen wurde. Wenn man bei uns sich aus all diesen Gründen etwas sehr hart auf Stimmen hören, so hat sich das nicht geändert. Wir haben an dieser Stelle wiederholt davor gewarnt, Herrn Molotows oft zu viel Jageländchen zu machen. Die Memel-Frage steht auch heute noch zwischen ihm und uns. Ganzig sind die Beziehungen zu England nicht besonders freundlich. Trotzdem wäre das alles noch erträglich, wenn unser Verhältnis zu Rußland nicht eine Leisung erfahren hätte.

Die Verhaftung der Deutschen

Die Vorgänge im Donezgebiet sind auch bis heute noch nicht geklärt. Obwohl im deutsch-russischen Niederlassungsabkommen ausdrücklich vorgesehen war, daß die Verhaftungen das nächste Konsular oder die Vorgesetzten im Kenntnis zu setzen ist, hat man es in Moskau nicht für notwendig erachtet, sich an diese Bestimmung zu halten. Man hat weder die Namen noch die Gründe, die zu der Verhaftung geführt haben, bekannt gegeben, so daß man in Berlin bis zur Stunde noch nicht einmal mit Sicherheit sagen kann, ob die 4 Ingenieure — 2 sind inzwischen entlassen worden — tatsächlich Reichsdeutsche sind. Nur bei 3 steht es fest. Der Verdacht, der gegen sie ausgesprochen worden ist — wir kennen ihn nur aus Moskauer Blättern — geht dahin, daß sie die Abbaumöglichkeiten eines guten Schachtes bewußt vernichtet und einen anderen zum Erschließen gebracht haben. Das sind sehr bage Behauptungen, mit denen sich nicht viel anfangen läßt. Die Tatsachen, die sich ihnen stellen, nur müßte man ein taumelndes Geschick hören, ob diese Verbrechen wirklich verdingungsfähig waren oder nicht. Und selbst dann ist noch lange nicht gesagt, daß ein Verbrechen oder gar ein Verbrechen vorliegt. Die Sowjets stellen sich sehr entwürdet darüber, daß Deutschland als Antwort die Verhaftungen über Ausbaubau des Handelsvertrages abgebrochen hat. Einmal muß zunächst festgestellt werden, daß diese Verhaftung außerordentlich ungeschicklich war. Man ist in vielen Wochen nicht einen Schritt vorwärts gekommen und hat in Berlin den Eindruck, daß die Russen auch keinen ernstlichen Wert darauf legen würden. Sie stellen neue Kreditforderungen in recht beträchtlicher Höhe auf, die unter keinen Umständen bewilligt werden können. Nachdem man schon mit den gesuchten Krediten recht wenig erbauliche Erfahrungen gemacht hat. Man braucht also in Moskau diesen Kredit nicht täglich zu nehmen. Zu es im allgemeinen als Selbstschädigung. Sodann war das Reich gezwungen, sich zu verteidigen. Nichtigenergie gegen die Verhaftung zu protestieren. Nichtigenergie ein hat dem Grafen Woodrow Wilson nur ausweichende Antworten gegeben. Er war selbstverständlich, daß ein Druck ausgeübt wurde, um die deutschen Reichsangehörigen freizusetzen zu bekommen, denn zu dem russischen Gerichtsverfahren hat man mit jeder Zeit Vertrauen. Vermutlich wird sich die Angelegenheit wieder einrichten. Vermutlich polnische, Wirtschaftlich aber bleibt ein Stachel zurück. Es kann keine andere, sondern Firma würde diese Tat richtig sein, denn die Hauptschwierigkeiten liegen auf agrarischem Gebiet, auf dem sich der Einfluß der Herren Schiffe,

geht und Reudell sehr hart bemerkbar macht. Man überfließ aber in Warschau, daß die Meinungsverschiedenheiten nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. In der Frage des Niederlassungsrechts ist ja wohl so etwas wie ein Ausgleich gefunden worden, dagegen sind andere Streitpunkte unüberwindlich. Das all namentlich von der Behandlung unserer Volksgenossen in den verschiedenen Gebieten. Außenminister Jawlowski hat in Genf bei seiner Unterredung mit Freymann einige Zugeständnisse gemacht. Sie beziehen sich auf die sogenannten Grenzverordnungen, die den Widerstand in den Grenzgebieten der Weiß Russen Bedenken heraufzuwecken mag. Die Abänderung dieser Verordnung ist inzwischen erfolgt, aber es zeigt sich, daß die den deutschen Minderheiten nicht gerecht wird und ein unangenehm zu gelten hat. Vermutlich ist auch das Zitat. Die Polen haben offenbar die Absicht, sich weitere Zugeständnisse verkaufen zu lassen und rechnen darauf, daß die künftige Regierung leichter mit sich reden läßt. Darin werden sie sich vermutlich täuschen. Auch ein Kabinett der Polen hat ein Handelsvertrags herbeiführen, immer die Interessen der Volksgenossen wahren und eine völlige Beseitigung aller schädlichen Maßnahmen verlangen.

Die Abrüstungsdebatte

So hart auch die deutsch-russischen Beziehungen durch die Vorgänge im Donezgebiet verübt worden sind, ist doch ein deutsch-russisches Einvernehmen in Genf erfolgt. Die Einheitsfront umfaßt neben beiden Staaten noch die Türkei, die gemeinsam auf endliche Abgrenzung der Abrüstung drängen. Auf ihrer Seite stehen sämtliche Neutralen, die aber eine gewisse Zurückhaltung bewahren. Ob es praktisch ist, die Verträge abzuwickeln zu unterstützen, erscheint uns allerdings sehr fraglich. Auch wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß die Sowjets mit ihren radikalen Vorschlägen gar nicht das Ziel verfolgen, eine Verminderung der Seere und Hoite herbeizuführen, sondern nur die Großmacht zu ärgern. Jawlowski hatte der Sprecher Englands, Lord Cushead, ganz recht, wenn er meinte, es ließe wohl nur darauf hinaus, Europa lächerlich zu machen. Er konnte sich dabei auf die Jawlowski berufen. Die glatt erklärt hätte, man wolle damit lediglich den kapitalistischen Staaten die Erde hemmentreiben und sie dem Hohn und Spott preisgeben. Auch daß in dem Vorschlage der Weltbund überhaupt nicht erwähnt wird, gibt zu denken. Das diese Vorschläge abgelehnt werden, kann gar nicht zweifelhaft sein. Selbst in die deutsche Politik dahin zu verstehen, daß man hofft, Rußland werde dann unsere eigenen Anstrengungen unterstützen. Wir fürchten, daß dieser Glaube trügerisch ist. Es wäre besser, wenn man sich auf die deutschen Vorschläge geeinigt hätte, die in ihrer unpopulären Form wahrscheinlich eine Mehrheit erhalten würden. Gerade darin aber liegt die Gefahr eine große Gefahr. Es kommt heute in Genf nicht darauf an, viel zu erreichen, sondern den Stein ins Rollen zu bringen. Jeder Schritt auf dem Wege wäre zu begrüßen, und wäre er noch so klein. Nach den bisherigen Ergebnissen aber wird man sich zu einem ernstlichen Bestimmnis betonen müssen. Im Grunde genommen hat Moskau nur Frankreich und seinen Freunden in die Karten gespielt.

Landbundesge

An ihren Freuden soll ihr sie erinnern! Die Deutschen nationalen haben mit ihrer unverantwortlichen Hege die Bauernschaft in Aufruhr gebracht. Die ständig wiederholten Drohungen mit Steuerabgabe haben Aufrührerführungen gesetzt, die nicht ohne Folgen bleiben können. In einzelnen Orten, namentlich in Pommern und Schlesien, ist es geradezu zu Gewalttaten gekommen, die sich kein Staat bestehen lassen kann, wenn er nicht auf jede Autorität verzichten will. Das die Preussische Regierung energig einsetzt, weicht sich von selbst. Sie ist durch die Herren Schiele und Herz nicht belästigt, aber aus im Reichstabelle wurde man bedenklich, und Herr Dr. Köhler, dessen Beamtenschaft in erster Linie in Mitteldeutschland gezogen sind, und ständig bedroht werden, fand ein kräftiges Wort der Abwehr. Die deutschnationalen Minister haben bisher dazu geschwiegen, auch Herr Dr. Herz, der als verantwortlicher Leiter der Reichstabelle schon etwas darüber hätte sagen dürfen. Man sieht nämlich vor den Folgen der eigenen Wirksamkeit mit einem Gefühl von Schuldverwand und Grauen. So fand der „Berliner Volkszeitung“ die Bemerkungen Köhlers als übertrieben. Ganz abweisen konnte er sie nicht, aber er muß doch vor seinen Leuten, die er Monate hindurch künstlich in Aufruhr gehalten hat, wenigstens den Schein wahren. Im Interesse der deutschen Bauern selbst müßten wir dringend, daß endlich eine Vergebung eintritt. Wir haben immer wieder betont, daß wir für ihre Not volles Ver-

ständnis haben, und nach der Mäherne des vergangenen Jahres Regierungsmaßnahmen für unermesslich hat. Dem Bauern muß geholfen werden, denn sein Untergang bedeutet eine schwere Schädigung der Nation, deren ganz Wirtschaftsbasis in erheblichem Maße auf der Landwirtschaft beruht. Abweisen darf der Staat nichts lassen. Wo Gewalt angewendet wird, hat er sie mit Gewalt niederzukämpfen. Das Strafgesetzbuch gilt für jeden. Gewalt bleibt, daß wieder nur die Verhaftung sich von der Polizei zu verantworten haben werden, während die eigentlichen Schuldigen unangefochten dahine fliehen.

Rumänien

Seit dem Tode des älteren Bratianu gelten die Zustände in dem Moldau-Staat als immer erschlaffter. Ob es dem verstorbenen Staatsmann gelungen wäre, sich an der Macht zu halten, die ja nicht auf dem Volkswillen beruhte, sondern auf geschäft geleiteten Wahlen, ist eine Frage, die ja unüberwindlich bleiben darf. Sein Bruder ist jedenfalls nicht Herr der Lage, und der Regentprinzipal besitzt im Volk keinen Voten. Was man seit langem erwarten mußte, ist ja nun inzwischen eingetreten, die Bauernpartei, die immer für die Wiedererhebung des Kronprinzen Carol eingetreten ist, hat jetzt ihre Banner entfaltet. Das er Gebrüder und manches Andere hinter sich hat, führt monarchische Gesinnung nicht. Sie überläßt ja auch in anderen Ländern solche Kleinigkeiten und würde sie höchstens einem republikanischen Minister ablet vernichten. Außerdem ist er ein Hohenzoller. Die Familientradition spielt dabei eine Rolle. Für Rumänien ist das letztere gleichgültig. Der Bauernführer Maniu hat ebenfalls die Forderung nach Einsetzung Carols sehr energig proklamiert. 60 000 seiner Anhänger sind am Sonntag in Bukarest einmarschiert. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist es dabei zu keinen Aufrührungen gekommen. Die Regierung behauptet aus, Herrin der Lage zu sein. Wie weit das richtig ist, können erst spätere Ereignisse beweisen. Vorläufig liegt fest, daß die Bewegung im Lande wächst und daß der Ruf nach Neuwahlen, und zwar solchen, die nicht wieder absteuert werden, immer stärker anschwillt. Für die internationalen Politik kann ein Umsturz in Rumänien bedeutungslos werden, weil ja im Südosten Europas alles heute in einem labilen Gleichgewicht sich befindet, das jeden Augenblick erschüttert werden kann.

Fritz

Großadmiral von Fritz nimmt Abschied vom politischen Leben. Er hat auf eine neue Kandidatur zum Reichstage verzichtet, was ja bei seinem hohen Alter ohne weit größere Erklärung ist. Die Erkenntnis, daß er an dieser Stelle nichts bedeutet hat, wird bei ihm ja kaum aufgedämmert sein. Er hat nur einmal das Wort ergriffen, und zwar gegen Locarno. Wir würden von diesem Ereignis kaum Notiz nehmen, wenn er nicht in seinem Abschiedsbrief an den Grafen Westarp mangelnde Bemerkungen gemacht hätte, die zum Widerspruch herausfordern. Das er die Preussische Regierung als Nutznießer der Revolution bezeichnet, zeigt nur, daß er Schlagwörter befeuert, die keinen Sinn haben. Er sollte eigentlich über die Vorgänge besser unterrichtet sein, Geradezu lachend aber wird sein Mahnung zu einheitlichem nationalem Geist. Alfred v. Fritz vergißt, daß wir einen Zusammenbruch erlebt haben unter dessen Nachwirkungen wir noch leiden, vergißt er, daß gerade seine deutschnationalen Freunde dauernd gegen die Republik ankämpfen und damit den Wiederaufbau säuern. Und dabei hat er doch in seinen Denkwürdigkeiten in so ausgeprägter Weise dargestellt, daß das alte S zur Katastrophe führen müsse. Kein Wort hat er die so angegriffen wie er, keiner die höchsten Würden des Reiches so hart von vornherein als die Schuld an der Niederlage bezeichnet wie er. Und hatte es nicht bedrohten, nach dem Kriege unter die So gehen? Sein Nachfolger wird General von Ledow-ber am Rapp-Kauf teilgenommen hat, obwohl die Republik den Dienst geleistet hatte.

Richard M.

Wir wollen

unsere Partei in Stadt u. Land ausbauen, helfst uns!

Afghanenorden und Auswärtiges Amt

Die letzte bekannt wird, war von afghanischer Seite beabsichtigt worden, eine große Erdbebenkatastrophe aus Anlaß des letzten Einmarsches vorzunehmen und zwar war geplant, das die zu überlebenden Erden und Mäntel abgeholt werden sollten. Dem Vernehmen nach hat aber das Auswärtige Amt durch den Chef des Protokolls, den Obersten Kötter, gegen diese Form Einwendungen erhoben lassen und aus diesem Grunde unterbleibt die letztgenannte in Aussicht genommene Form der Verteilung. Immerhin wäre hier ein Anlaß gewesen, daß das Auswärtige Amt in ungewöhnlicher Form die betreffenden Mitglieder des Kabinetts auf die einschlägigen Bestimmungen der Berliner Verfassung aufmerksam gemacht hätte. In Regierungskreisen ist man jetzt über die lautstarken Angriffe anheimend sehr beleidigt. Es wird u. a. beabsichtigt, in einem geeigneten Falle die U. a. wegen Verleumdung erheben zu lassen. Ein solches Vorgehen der Reichsregierung hätte immerhin den Vorteil, daß dadurch Gelegenheit gegeben wird, in aller Klarheit den Sinn der Verfassung festzustellen.

Titel und Orden haben bisher angenommen der Reichspräsident und Reichsgraf von Marz, sowie die Staatssekretäre Weismann, Dr. Meißner, Binder und von Schubert, die sämtlich „Herzöge von Afghanistan“ geworden sind.

Die Hoffnung der Kleinrentner endgültig begraben —

Im Sozialpolitischen Ausschuss wurde am Sonnabend im Monate nach von den Regierungsparteien mit allen möglichen Verordnungen genährte Hoffnung der Rentner auf ein Verordnungsrecht endgültig zerlegt. Durch Eingreifen des Abgeordneten Dr. Müller (Demokrat) wurde festgestellt, daß das demokratische Rentnerverordnungsrecht in dessen Behandlung der Ausschuss bereits eingetreten war von den Regierungsparteien durch ihr Votumprogramm von der Weiterarbeit ausgeschlossen worden ist. Es lag dem Ausschuss lediglich der Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Reichsgrundgesetz über die Fortzüge zur tatsächlichen Ausprägung vor. Diese Verordnung bezieht sich auf die Kleinrentner zu erhaltenden wirkenden Schemen der Fortzüge, ohne einen Rechtsanspruch zu schaffen. Lediglich eine Milderung der Erhaltungspflicht wird vorgeschlagen, oder durch Mittel, die wie Frau Abgeordnete Dr. Widess (Demokrat) zurechtstellte, überhaupt keine Gewähr für eine bessere Handhabung geben. Frau Dr. Widess verlangte durch einen entsprechenden Antrag, daß von Milderung nicht nur abgesehen werden kann, sondern abgesehen ist, wenn die Sicherstellung des Ertrages eine besondere Härte für den Hilfsbedürftigen oder seine Angehörigen bedeutet. Des weiteren verlangte Frau Dr. Widess eine Abänderung der bis jetzt abgelehnten Ertrag- und Sicherungsbeiträge, daraufhin, ob sie Härten enthalten. In solchen Fällen sollen diese Beiträge aufgehoben werden.

Auch wenn die Regierung diese dankenswerten Anregungen in ihre Verordnung übernimmt, bleibt die jetzt beabsichtigte Regelung vollkommen ungenügend, und eine spätere Entschädigung für die Rentner. Wenn die Regierung glaubt, durch Gewährung von 25 Millionen Mark zu einer einmaligen Fortzugsabgabe an die Rentner deren Erhaltung bannen zu können, so befindet sich sich in einem schweren Irrtum. Bei 300 000 Kleinrentnern bedeutet das eine monatliche Erhöhung von sieben Mark. Diese sieben Mark werden keinen Kleinrentner über das Existenzminimum hinaushelfen, daß sie nach wie vor der Fortzüge mit allem ihren Einkünften in die verhältnismäßig ausgebeuteten Klassen. So ergibt sich das trübende Bild, daß auf dem Ertragsverdienst, das von der Regierung zurückgelassen wird, das von der Regierung und den Regierungsparteien verschlingende demokratische Rentnerverordnungsrecht. Die demokratische Reichsstaatsregierung hat bis zuletzt mit hartem Rückgrat das Verordnungsrecht betrieben; wenn es gleichwohl gescheitert ist, so werden die so schwer Betroffenen wissen, bei wem sie sich zu bedanken haben.

Demokraten werbt für die Partei!

Die demokratische Partei werbt für die Partei! In dem Parteiprogramm der demokratischen Partei steht es, daß die Partei die Interessen der Kleinrentner zu vertreten hat. Die Partei werbt für die Partei! In dem Parteiprogramm der demokratischen Partei steht es, daß die Partei die Interessen der Kleinrentner zu vertreten hat. Die Partei werbt für die Partei! In dem Parteiprogramm der demokratischen Partei steht es, daß die Partei die Interessen der Kleinrentner zu vertreten hat.

Landbundesgesetz und Zahlen

In der „Deutschen Bauernzeitung“, dem Organ der deutschen Bauernschaft, finden sich folgende vorläufige Berechnungen, die sehr deutlich darlegen, daß die eigentliche Bauernschaft, die sich nicht im Landbunde von dem Großgrundbesitzer befreit, weit davon entfernt ist, die lähmende Opposition der Händler gegen die Regierung mitzumachen.

„In einer Zeit, da verhegte Landbändler zum fernestehenden-Berufswesen vor die Finanzämter geführt werden, erregen naturgemäß Klagen über die Steuerleistungen bzw. die Steuerverweigerungen des Großgrundbesitzes, zu denen der Reichsfinanzminister dieser Tage von sozialdemokratischer Seite veranlaßt wurde, besonders folgende:

Nach der Erklärung des Reichsfinanzministers Dr. Höpfer im Haushaltsausschuß des Reichstages kamen im Etatsjahre 1925-26 von den 2200 Millionen Gesamtsumme der Reichseinkommensteuer 79 Millionen auf die Landwirtenschaft. Im Etatsjahre 1926-27 sind von 2500 Millionen 87 Millionen. In beiden Fällen also nur 3 Proz. Man kann es verstehen, daß die sämtlichen Kreise hierzu auf außerordentlich weitgehenden Befreiungen der Großgrundbesitzer von der Einkommensteuer hinneigen. Die Großrentner gehören eben zu den durchgehenden Vertriebenen, deren Befreiung nach ihrer Erklärung erfolge. Grund zu klagen lägen dagegen die Kleinrentner, die nach Reichsstaatsgesetz von den in den letzten Perioden nicht gut gingen.

Eine ganz ähnliche Situation gab es, als im Landtage die Niederlegung preussischer Grundbesitzer ver-

langt wurde. Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer teilte dem Landtag mit, daß aus den preussischen Grundbesitzern zwar nur 79 Millionen aufgenommen seien, daß der preussische Staat in der gleichen Zeit dagegen nicht weniger als 88 Millionen zur Förderung und Unterstützung der Landwirtschaft aufgewendet habe.

Höpfer-Abschiff und Kapitän-Lothmann

Keine Bürgerfähigkeitsklärung des preussischen Finanzministers.

In der Presse wird mitgeteilt, daß der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Abschiff habe für den Kapitän Lothmann eine Bürgerfähigkeitsklärung übernommen, und zwar in Höhe von zehn Millionen, gegenüber der Preussischen Staatsbank. Demgegenüber stellt der „Demokratische Zeitungsdienst“ auf Grund von Erklärungen der zuständigen Stelle fest:

„Bereits die preussischen Finanzminister Dr. Höpfer-Abschiff ist der Preussischen Staatsbank eine Bürgerfähigkeitsklärung zugunsten des Kapitän Lothmann nicht gegeben worden. Die Preussische Staatsbank hat dagegen im Jahre 1926 bei der Preussischen Staatsbank in Höhe von fünf Millionen zur Verfügung gestellt zu dem Zwecke der Auftragsbefreiung für deutsche Banken. Die Kredite der Preussischen Staatsbank sind durch eine Bürgerfähigkeitsklärung des Reichs gesichert, so daß auch Beschlüsse der Staatsbank ausgeschlossen sind.“

Neutral — aber gegen die Sozialdemokratie!

Die Christlichen Gewerkschaften präzisieren jetzt in ihrem offiziellen Organ die Haltung, die sie bei den kommenden Wahlen einnehmen werden. Etwas Neues enthalten die Darlegungen aber nicht; es bleibt bei der Unterstützung der Parteien, die auch bisher schon auf diesen Teil der Arbeiterpartei rechnen konnten. Wie weit allerdings nach den Erfahrungen, die besonders die minder wohlhabenden Klassen mit dem Rechtsblock gemacht haben, die einzelnen Mitglieder der Gewerkschaften der Partei ihrer Führer Geselligkeit leisten werden, bleibt abzuwarten.

Vorangelegt wird in den Auslassungen der Grundgesetz, der parteipolitischen Neutralität gegenüber allen Parteien, die mit ihren Grundansatzungen nicht im Widerspruch stehen zu der Forderung der Christlichen Gewerkschaften. Im übrigen wendet sich die Kundgebung hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, die als einzige Gegnerin mit Namen genannt wird. Es heißt da: „Eine Neutralität gegenüber der Sozialdemokratie kennt die Christliche Gewerkschaftsbewegung nicht. Es bedarf deshalb auch keiner besonderen Betonung, daß Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften keinen sozialdemokratischen oder kommunistischen Stimmzettel abgeben werden.“ Schließlich halten es die Gewerkschaften für angebracht zu betonen, daß ihre Anhänger in ihrer politischen Partei allen antisozialen Strömungen entgegenzutreten haben. Ausdrücklich wird erklärt: „Bei der Zurückdrängung antisozialer Strömungen wird er (D. H. der Gewerkschaftler — D. Red.) weiterhin nichts unversucht lassen, daß als Kandidaten anderer Volkslisten auch solche Persönlichkeiten zum Zuge kommen, die für die Lage der Arbeiterpartei vorzugsweise ein gleiches Verständnis aufzubringen vermögen, wie der Christliche Gewerkschaftler für die übrigen Stände.“ Ist dies nun eine bloße Redensart, die sich nach wie vor als einfaches Stimmvolk für Zentrum und Rechtsparteien verwenden lassen, oder bedeutet es eine Warnung gegenüber der geplanten Verfassung des rechten Flügels in der Zentrumsfraktion?

Ein Vertrauensfonds für Söhne?

Im „Demokratischen Zeitungsdienst“ wird geschrieben: „In dem Parteiprogramm der demokratischen Partei steht es, daß die Partei die Interessen der Kleinrentner zu vertreten hat. Die Partei werbt für die Partei! In dem Parteiprogramm der demokratischen Partei steht es, daß die Partei die Interessen der Kleinrentner zu vertreten hat.“

Die Christlichen Gewerkschaften präzisieren jetzt in ihrem offiziellen Organ die Haltung, die sie bei den kommenden Wahlen einnehmen werden. Etwas Neues enthalten die Darlegungen aber nicht; es bleibt bei der Unterstützung der Parteien, die auch bisher schon auf diesen Teil der Arbeiterpartei rechnen konnten. Wie weit allerdings nach den Erfahrungen, die besonders die minder wohlhabenden Klassen mit dem Rechtsblock gemacht haben, die einzelnen Mitglieder der Gewerkschaften der Partei ihrer Führer Geselligkeit leisten werden, bleibt abzuwarten.

Vorangelegt wird in den Auslassungen der Grundgesetz, der parteipolitischen Neutralität gegenüber allen Parteien, die mit ihren Grundansatzungen nicht im Widerspruch stehen zu der Forderung der Christlichen Gewerkschaften. Im übrigen wendet sich die Kundgebung hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, die als einzige Gegnerin mit Namen genannt wird. Es heißt da: „Eine Neutralität gegenüber der Sozialdemokratie kennt die Christliche Gewerkschaftsbewegung nicht. Es bedarf deshalb auch keiner besonderen Betonung, daß Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften keinen sozialdemokratischen oder kommunistischen Stimmzettel abgeben werden.“ Schließlich halten es die Gewerkschaften für angebracht zu betonen, daß ihre Anhänger in ihrer politischen Partei allen antisozialen Strömungen entgegenzutreten haben. Ausdrücklich wird erklärt: „Bei der Zurückdrängung antisozialer Strömungen wird er (D. H. der Gewerkschaftler — D. Red.) weiterhin nichts unversucht lassen, daß als Kandidaten anderer Volkslisten auch solche Persönlichkeiten zum Zuge kommen, die für die Lage der Arbeiterpartei vorzugsweise ein gleiches Verständnis aufzubringen vermögen, wie der Christliche Gewerkschaftler für die übrigen Stände.“ Ist dies nun eine bloße Redensart, die sich nach wie vor als einfaches Stimmvolk für Zentrum und Rechtsparteien verwenden lassen, oder bedeutet es eine Warnung gegenüber der geplanten Verfassung des rechten Flügels in der Zentrumsfraktion?

Politische Notizen

Die Wirtschaftspartei kämpft Stimmen aus dem Boden. Triumphierend schreibt die „Deutsche Mittelhandzeitung“, das Organ der Deutschen Wirtschaftspartei: „Bei

jeder sich bietenden Gelegenheit kämpfte die Wirtschaftspartei Stimmen aus dem Boden, bei jeder Wahl ihre Anhänger auf zum das Bewußte zu, bei jeder erkannten die anderen Parteien mit Entzügen, d. Steigerung der Wirtschaftspartei nicht aufzubauen.

Hierzu ein paar Zahlen über die der Wirtschaftspartei bei den Wahlen der letzten Zeit zugeflossenen Stimmen: Landtagswahl in Westfalen-Streit 1927: 1928: 0. Bürgerfähigkeitsklärung in Hamburg 1927: 1928: 20 000. Gemeindefest in Potsdam 1924: 1928: 3573. Mit diesem „Steigerung“ der Wirtschaftspartei können die anderen Parteien schon zufrieden sein.

Süngerben Deuoli viele!

Einige Angehörige der Deuoli (Deutsche Spiele) (Kammburg) haben die Errichtung des Konjunkturschutzes beantragt. Das Amtsgeschäft Kammburg hat den Antrag entprochen und jetzt das Konjunkturschutzes öffnet.

Armer Ludendorff! In der letzten Sitzung des Bundesvorstandes des Stahlhelms in Magdeburg nahm Bundesvorstand Stellung zur Freimaurerfrage. Einmütig wurde folgende Beschlüsse gefaßt: „Der Stahlbund der Freimaurer, hat nach nochmaliger Überprüfung keinerlei Grund, an der nationalen Zulassung, der im Stahlhelm befindlichen Freimaurer zu zweifeln.“

Beamtenfragen

Die deutschnationale Partei gegen die Beamtenfortbildung.

Beachtenswert ist die deutsche Beamtenfrage seit Jahrzehnten, das durch die praktische Dienstverfassung und die beherrschende Ausbildung genommene Wissen den gesteigerten Forderungen der Zeit entsprechend zu verziehen. Sie hat deswegen in zahlreichen Orten Beamten-Berufungsakademien ins Leben gerufen, wo den strebenden Beamten Gelegenheit zur Weiterbildung gegeben ist. Im Jahre 1926 bestanden 26 Beamtinnen, die haben sich im Laufe des Jahres 1927 auf 50 erhöht, ein Beweis, wie stark der Wille in der Beamtenfrage lebendig ist, ihr Wissen zu erweitern. Das Reich hat diese Bestrebungen nach Möglichkeit unterstützt. Im Jahre 1926 waren 200 000 und im Jahre 1927 300 000 Mark für diese Zwecke bewilligt. In Anbetracht der Steigerung der Bildungsbereitungen beantragten daher die demokratischen Abgeordneten Schmidt-Stegly und Stoh-Weiser mit Unterstützung ihrer Fraktion, den Betrag für die von den Berufsvereinigungen geschaffenen Fortbildungseinrichtungen von 300 000 Mark auf 500 000 Mark zu erhöhen. In der Freizügigkeit des Hauswirtschaftsausschusses wurde der Antrag leider abgelehnt. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum. Ebenso wurde ein Antrag der genannten Abgeordneten abgelehnt, zur Ausbildung von 10 000 Mark zu bewilligen. Die Ablehnung dieser verhältnismäßig geringen Mehrbeträge liegt in merkwürdigem Widerspruch zu den Ausführungen der Beamtenfrage nachdrücklich zu unterstützen verpaid.

Soziales

Frühjahrskuren für Angefallene Kinder

Von Dr. J. B. Borchard, Berlin.

Die Nahrungsmittelknappheit während des Weltkrieges und die Entbehrungen in der Nachkriegszeit haben den Organismus der Kinder geschädigt und den Organismus der Kinder geschädigt und den Organismus der Kinder geschädigt und den Organismus der Kinder geschädigt.

Die Nahrungsmittelknappheit während des Weltkrieges und die Entbehrungen in der Nachkriegszeit haben den Organismus der Kinder geschädigt und den Organismus der Kinder geschädigt und den Organismus der Kinder geschädigt.

Für dieses Jahr sind sieben Kurzüge vorgezogen zu einem guten Teil schon belegt sind. Es wird also weit größere Anzahl Angefallene Kinder als im Vorjahr in dieser Zeit und Erholungsstätte Aufnahme und Erholung finden. Besonders zu erwähnen ist, daß die malig durchgeführten Winterkuren ganz außerordentlich erfolgreich sind.

Übergangsgeld für weibliche Angestellte.

Zur Wehchung von Zweifeln über die Voraussetzungen, unter denen weibliche Angestellte der Reichsbehörde im Falle ihres Ausscheidens wegen Verheiratung Übergangsgeld erhalten können, hat der Reichsfinanzminister verfügt, daß dies Geld auch dann gewährt werden kann, wenn die Zahlung des Dienstverhältnisses von der Angestellten selbst eingeleitet worden ist, und die Ehe später

